

Pressekonferenz der Wirtschaft
Trotz Krise – Die GSoA will 10'000 Arbeitsplätze vernichten
Donnerstag, 29. Oktober 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Die GSoA-Initiative kostet 10'000 Arbeitsplätze und 500 Millionen Franken

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte gleich zu Beginn festhalten, dass es bei dieser Abstimmung nicht um Krieg oder Frieden geht. Die Schweizer Wirtschaft hat grosses Interesse an den weltweiten Friedensbemühungen. Aber es nützt nichts, die Augen vor der Realität zu verschliessen. Es gibt kriegerische Auseinandersetzungen. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt jedoch, dass die Waffen in der überwiegenden Mehrheit der Länder zur Verteidigung eingesetzt werden. So auch in der Schweiz. Wir haben das Recht uns zu verteidigen. Deshalb haben wir ja auch eine eigene Rüstungsindustrie. Für die Aufrechterhaltung dieser Industrie sind die Unternehmen allerdings auf Exporte angewiesen. Damit die Exportgüter nicht missbraucht werden, darüber wacht der Bundesrat auf Grundlage einer strengen Gesetzgebung. Heute wollen wir aber vor allem die wirtschaftlichen Aspekte der Exportverbots-Initiative erläutern.

Der gemeinsame Auftritt der Wirtschaftsdachverbände und der direkt betroffenen Branche zeigt: Die Schweizer Wirtschaft lehnt die Exportverbots-Initiative der GSoA in aller Deutlichkeit ab. Die GSoA-Initiative entzieht einer ganzen Branche und vielen Zulieferern und Dienstleistern dieser Branche die Existenzgrundlage. Als Folge davon schliessen nicht nur Unternehmen ihre Produktionsstätten. Die Realität ist, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Wirtschaft geht von insgesamt mehr als 10'000 akut gefährdeten Stellen aus. Im Hinblick auf die am 29. November anstehende Abstimmung hat der Bund eine Studie in Auftrag gegeben, die die zu erwartenden Auswirkungen untersuchen sollte. Auf deren Zahlen basieren die Aussagen des Bundesrates. Berücksichtigt sind dabei aber nur die direkt betroffenen Hersteller von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern, wie auch deren Zulieferer.

Hingegen werden die Auswirkungen auf Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch verwendbar sind, in dieser Studie nicht berücksichtigt. Weshalb: Gemäss dem Initiativ-Text sind diese Produkte von der Initiative vermeintlich nicht betroffen. Mit dieser Behauptung erzählen die Initianten nur die halbe Wahrheit. Denn die Praxis sieht ganz anders aus. Peter Dietrich wird ihnen genau zeigen, dass indirekt

auch zivile Güter betroffen sind. Genauso wie der örtliche Bäcker oder Maler betroffen sein kann. Dazu mehr dann im Referat von Hans-Ulrich Bigler.

Wenn alle diese Folgen berücksichtigt werden, so ist sogar mit mehr als 10'000 Arbeitsplätzen zu rechnen, die im Falle einer Annahme der Initiative vernichtet würden. Entsprechend hält auch der Bundesrat in seiner Botschaft fest, dass sich die in der Studie genannten 5'100 Arbeitsplätze leicht verdoppeln könnten, wenn auch die Auswirkungen auf die Produkte, die sowohl zivil wie auch militärisch nutzbar sind, berücksichtigt werden. Demnach sind also mehr als 10'000 Arbeitsplätze akut gefährdet. Die Hälfte davon in Zulieferfirmen.

Konversionshilfe taugt nichts

Die Vernichtung dieser 10'000 Arbeitsplätze kann auch durch die 10-jährige Unterstützungspflicht des Bundes nicht gemildert werden. Bis heute gibt es kein einziges Beispiel einer gelungenen, staatlich verordneten Konversion. In vielen betroffenen Unternehmen ist die Firmenkultur im Hinblick auf Qualität, Genauigkeit und auch Sicherheit sehr ausgeprägt. Diesen speziellen unternehmerischen Geist lässt sich nicht einfach so künstlich in einen anderen Markt verpflanzen.

Zudem: Was würde eine solche Konversion für die verschiedenen Wettbewerber bedeuten? Die zu konvertierenden Firmen müssten künstlich in andere Märkte eindringen. Dort müssten sie versuchen die bereits bestehenden Firmen zu verdrängen. Aufgrund der Bundeshilfe würde jedoch der Wettbewerb krass verzerrt und die Arbeitsplätze gingen bei den ursprünglich in diesen Märkten tätigen Firmen verloren. Es käme zu einer Verschiebung der Arbeitsplatzverluste hin zu Unternehmen und Arbeitnehmern, die nicht auf die Bundeshilfe zählen können. Dies ist ein ordnungspolitischer Unsinn, der weder vom Bund noch von der Wirtschaft gewollt ist.

Initiative kostet Steuerzahler mindestens 500 Millionen Franken

Hinzu kommt, dass der Bund in der entscheidenden ersten Phase des Exportverbots noch gar keine Hilfsgelder ausrichten könnte. Dazu müssten zuerst die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Der entsprechende Prozess braucht erfahrungsgemäss seine Zeit, in der die Betroffenen ohne die Unterstützung im Regen stehen würden. Obwohl die Konversionshilfe also keinen Nutzen hat und ihr Ziel inhaltlich und zeitlich verfehlt, würden dem Bund allerdings sofort enorme Kosten entstehen. Die Studie von Bak Basel Economics kommt zum Schluss, dass dem Bund durch die Konversionshilfe, die höheren Kosten für die Sozialwerke und die entstehenden Steuerausfälle Kosten von mindestens 500 Million Franken entstehen. Bezahlen müssten das die Steuerzahler. Also jeder und jede einzelne von uns. Je nachdem wie die Konversionshilfe ausgestaltet wird, können die Kosten aber auch noch deutlich höher ausfallen. Der Bund müsste also hunderte Millionen Franken Steuergeldern ausgeben, für eine Aufgabe, die ihm völlig unnötigerweise übertragen würde. Die Initiative ist deshalb auch finanzpolitisch unsinnig.

Eigentliches Ziel der Initiative: Schwächung der Armee

Trotz dem untauglichen Versuch der Initianten die Auswirkungen ihrer Vorlage zu mildern bliebe es bei 10'000 Arbeitsplätzen die mutwillig vernichtet würden. Hinter jedem dieser 10'000 Arbeitsplätze steht ein Einzel-Schicksal. Stossend ist, dass die Initianten dies als nötigen Schaden auf dem Weg zur Abschaffung der Armee in Kauf nehmen. Denn darum geht es der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ja eigentlich. Weil das Stimmvolk es zweimal abgelehnt hat, die Armee direkt abzuschaffen, versuchen es die Initianten jetzt durch das Hintertürchen indem sie die Armee schrittweise schwächen wollen.

Initiative steht erst recht in Zeiten der Krise quer in der Landschaft

10'000 Arbeitsplätze mutwillig zu vernichten ist aus unserer Sicht zu keinem Zeitpunkt zu rechtfertigen. Angesichts der ohnehin steigenden Arbeitslosigkeit steht die Initiative aber jetzt erst recht komplett quer in der Landschaft. Denn trotz der teilweise positiven Anzeichen am „Konjunktur-Himmel“ zeichnet

sich bei der Arbeitslosigkeit noch keine Entspannung ab. Diese hinkt erfahrungsgemäss dem Verlauf der Konjunktur hinten nach. Die schwierige Stellensuche für die Betroffenen würde durch die zusätzlichen Arbeitslosen nur noch schwerer. Es erstaunt daher, dass die Linke die Initiative unterstützt. Gerade diese Kreise werden ansonsten nicht müde zu betonen, dass sie sich für die Arbeitnehmer einsetzen. Hier begehen sie aber einen offensichtlichen Verrat an den Interessen der Arbeitnehmer. economiesuisse steht demgegenüber für den Wirtschaftsstandort Schweiz und hiesige Arbeitsplätze ein und sagt Nein zur Exportverbots-Initiative.

Drei Hauptgründe gegen die Zwängerei der GSoA

Kurz zusammengefasst sprechen drei Hauptgründe gegen die Exportverbots-Initiative:

- Die Initiative vernichtet 10'000 Arbeitsplätze und kostet zusätzlich den Steuerzahler 500 Millionen Franken.
- Die Initiative vernichtet oder vertreibt ein Grossteil der Schweizer Wehrindustrie. Das erhöht die Abhängigkeit vom Ausland und würde die Einsatzbereitschaft unsere Armee im Krisenfall erheblich schwächen.
- Die Initiative ist unnötig, da die Schweiz bereits heute europaweit die restriktivste Gesetzgebung und Praxis bezüglich Kriegsmaterialexporte kennt.

Volk und Stände haben mit gutem Grund bereits die erste Exportverbots-Initiative massiv verworfen. Auch die Zweitauflage verdient am 29. November ein klares Nein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.